

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg. Druck von Franz Ertge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eing. Schrotbörserstr.). Fernsprecher 1587.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Belegbogen) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Neuzugband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 Mk. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anfertigungsgeld für die fünfgehaltene Beilage 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7778

Nr. 202.

Magdeburg, Mittwoch, den 30. August 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

## Die Politik der belgischen Sozialisten.

In der Wiener Arbeiterzeitung läßt sich der Führer der belgischen Parteigenossen Emile Vandervelde über die augenblickliche Situation in Belgien wie folgt vernehmen:

„Was jetzt bei uns vorgeht, hat meines Erachtens nicht bloß eine lokale Bedeutung. Die Ereignisse der letzten Zeit sind sehr lehrreich in Hinsicht auf die Beziehungen, die zwischen dem Sozialismus und der Bourgeoispartei bestehen können oder müssen. Noch vor wenigen Wochen bildeten Liberale, Radikale und Sozialisten scheinbar eine der Regierung gegenüberstehende Masse. In den Straßen von Brüssel und Lüttich fraternisierten Demonstranten und Bürgergardisten. Die zeitweilige Gemeinschaft der politischen Interessen verbergte den dauernden Antagonismus (Gegensatz). Alles schien darauf hinzudeuten, daß die Regierung bei den Wahlen im nächsten Jahre einer Koalition aller ihrer Gegner gegenüberstehen werde.“

Heute steht die Sache ganz anders: es hat genügt, daß das Ministerium Vanderveerboom verschwand und die neue Regierung, an deren Spitze ein ehemaliger Liberaler trat, die allgemeine Einführung des Proportionalwahlrechts vorschlug, um die ungeheure Majorität der Liberalen zu einer gänzlichen Trennung von der Arbeiterpartei zu veranlassen. Es handelt sich jetzt nicht mehr um eine bloße Wahlreform, sondern um eine Frontveränderung in der Politik überhaupt, oder vielmehr um die Wiederherstellung der natürlichen Gruppierung der Parteien auf der Basis der Klasseninteressen.

Während über ihre Ausschließung von den Vorteilen und Annehmlichkeiten der politischen Macht, erbittert über die Herrschaft, erschreckt durch die immer größer werdende Frechheit unserer Herren und Meister, waren die Liberalen zu allem, sogar zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts bereit, um nur diese Herrschaft zu erschüttern. Um den Status quo aufrecht zu erhalten, das neue Wahlreformprojekt zu vereiteln, bildet sich die Koalition wieder, und der unmittelbare Sieg des allgemeinen Wahlrechtes erscheint, wenigstens in der Kommune und in der Provinz, nach den Wahlen im Jahre 1900 als möglich. Auch alle Sozialisten, denen es, ob sie nun Proportionalisten sind oder nicht, vor allem um die Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes zu tun ist, sind nach wie vor darüber einig, daß der Wahlreformentwurf, den die Regierung eingebracht hat, und der zweifellos in den nächsten vierzehn Tagen diskutiert werden wird, bekämpft werden muß.

Aber jetzt nehmen die Liberalen, die christlichen Demokraten und selbst die Mehrzahl der Radikalen trotz der von ihnen feierlich eingegangenen Verpflichtungen Reißaus, stimmen das Hofmannsches Proportionalvertretung an und loben um die Wette den Regierungsentwurf.

Wird dieser Entwurf Gesetz, so wird sich die neue Kammer von der jetzigen wesentlich unterscheiden. Angenommen, daß jede Partei wieder so viele Stimmen bekommt wie bei den Wahlen in den Jahren 1896 und 1898, so werden unter der Herrschaft des von der Regierung projektirten Wahlgesetzes die Clerikale eine Majorität von 8 bis 10 statt, wie jetzt, 72 Stimmen haben. Die christlichen Demokraten würden ein halbes Duzend Mandate bekommen; in den Rest würden sich Liberale und Sozialisten teilen. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß die Lage sich zu Gunsten der verschiedenen oppositionellen Parteien geändert hat.

Kurz, nach den nächsten Wahlen, also sehr bald, wird es zweifellos keine feste Majorität mehr geben, und wahrscheinlich werden sich die Mittelparteien verbünden, um zwischen Demokraten und Ultramontanen zu herrschen. Diese letzteren speien natürlich Feuer und Flamme, und von ihrem Standpunkt haben sie nicht so unrecht: die clericale Partei gräbt sich selbst ihr Grab, indem sie die Proportionalvertretung annimmt. Die Liberalen jubilieren: sie sollen ja nach sechs Jahren Scheintod wieder auferstehen. Es fragt sich nur, in welchem Maß diese Uenderung des Gesetzes ihren Verfall aufhalten kann. Die Sozialisten müssen in jedem Fall gewinnen, wenn sie auch vielleicht scheinbar verlieren.

Reibt der Status quo aufrechterhalten, so beschleunigt das vielleicht den Sieg des allgemeinen Wahlrechtes; es besteht dann die Hoffnung, daß schon im nächsten Jahre eine allerdings sehr heterogene demokratische Majorität zu Stande kommt. Wird das Proportionalwahlrecht eingeführt, so bedeutet das das Ende der Wahlbündnisse. In den Klassenkampf werden keine sekundären Faktoren mehr hineinspielen, es werden die verwirrenden Nebenumstände verschwinden, die es den Massen so sehr erschweren, das Wejen des Klassenkampfes zu erfassen. Statt einer kapitalistischen

Regierung, der die Religion als Deckmantel dient, werden wir eine konservative Regierung vor uns haben, die wir um so leichter werden bekämpfen können, als sie sich hinter keiner Ideologie wird verschütten können. Jetzt werden nur in Wallonien sozialistische Abgeordnete gewählt; dann werden in allen Teilen des Landes Sozialisten gewählt werden, und in viel größerer Anzahl.

Was also auch kommen mag, wir werden nicht umsonst gegen das Vanderveerboom'sche Projekt gekämpft haben. Die Clerikale haben, das sehen sie selbst ein, nur mehr die Wahl zwischen zwei für sie gleich gefährlichen Lösungen. Wenn sie sich mit dem Status quo bescheiden, werden wir viel rascher Fortschritte machen. Nehmen sie die Proportionalvertretung an, setzen sie der Sozialdemokratie die durch das Pluralvotum geschützte Koalition der bürgerlichen Parteien entgegen, so werden wir langsamer vorwärtskommen, aber unsere Fortschritte werden sicherer sein. Denen aber, die die Hindernisse abschrecken, die uns den Weg verperren, rufen wir mit Dante zu: Es ist ein beschwerlicher Weg, aber er führt zum Ziel!

Emile Vandervelde ist, wie hieraus hervorgeht, ein Anhänger des Proportionalwahlrechts und will dessen Beratung in der Kammer nicht verhindern. Anders eine Anzahl seiner Fraktionskollegen, die die Diskussion mit allen Mitteln vereiteln wollen, weil sie glauben, dadurch früher zum allgemeinen Wahlrecht zu kommen. Um zwischen den beiden differierenden Meinungen einen Ausgleich zu schaffen, ist auf Montag ein Delegiertentag aller Organisationen anberaumt worden. Ueber die dort gefaßten Beschlüsse werden wir berichten. —

Im Kampfe unserer Parteigenossen mit der Regierung hat das neue clericale Kabinett de Smet in der letzten Sitzung der belgischen Repräsentantenkammer eine abermalige Schlappe erlitten; die Disziplinpolitik der sozialistischen Linken hat einen neuen Erfolg zu verzeichnen.

Auf der Tagesordnung stand der sozialistische Antrag auf Durchsicht des Artikels 47 der Verfassung behufs Beseitigung der Mehrstimmen und Einführung des einfachen allgemeinen Wahlrechtes. Ministerpräsident de Smet verlas, fortwährend von höhnischen Zurufen der Linken unterbrochen, eine Regierungserklärung, die die Ablehnung des sozialistischen Antrages forderte, um endlich der Wahlwühlerei im Lande ein Ende zu machen, und die für das „wahre, demokratische, wenn auch nicht gleiche belgische Wahlsystem“ und für die Aufrechterhaltung der Mehrstimmen eintrat. Jeder Bürger habe eine Stimme; dem 35 Jahre alten Familienvater sei eine zweite Stimme und dem Besitzer eines Eigentums im Werte von 2000 Frank sei eine dritte Stimme gewährt. Die Reichen und Kapitalisten haben kein Sonderrecht und die Ungleichheit liege in der Natur der Dinge. „Sie machen sich über die arbeitenden Klassen lustig! Sie beschimpfen die Arbeiter! Das Land wird Ihnen seine Meinung zeigen! Jesuit! Man merkt, daß niemand in den Straßen ist!“ so tönt es wild durcheinander.

Vandervelde erhob gegen die herausfordernde Sprache des Ministers, die Del in das Feuer gießt, geharnischten Einspruch, unterzog das verfassungswidrige Mehrstimmenystem einer scharfen Kritik und wies auf die schamlosen Wahlbetrügereien hin, durch die die oberen Klassen sich die Mehrheit sichern. Das von der Regierung vorgeschlagene proportionale Wahlsystem soll das einfache allgemeine Wahlrecht einschließen, aber es wird doch triumphieren. „Sie wollen den Frieden, aber Sie werden den Krieg haben!“

Und als nun Ministerpräsident De Smet beantragte, am 29. d. M. mit der Beratung des Wahlgesetzes zu beginnen und erst dann das Gesetz über den Arbeitskontrakt weiter zu beraten, da brach der Sturm los! Die ganze sozialistische Linke erhob sich wie ein Mann, tobte und schrie. Vergebens erteilte Kammerpräsident Beernaert den Ordnungsruf. Abg. Demblon schrie während der Reden zu: „Sie werden keinen Parteistreich mehr vollbringen! Sie werden nicht mehr beraten.“ Vandervelde beantragte, zuerst das Gesetz über den Arbeitskontrakt und das Gesetz über die Erparnisse der verheirateten Frauen und dann erst das Wahlgesetz zu beraten. Minister de Smet verlangte erst die Beratung des Wahlgesetzes und dann die der übrigen Gesetze, aber damit kam er schon an! „Nein! Nein!“ brüllte die Linke. „Sie wollen die anderen Gesetze wegstößeln! Entweder Sie beraten den Arbeitskontrakt oder wir lassen Sie überhaupt nicht mehr beraten.“ Der Rechtsführer Woeste trat laut Bossischer Zeitung gegen das Ministerium und für den sozialistischen Antrag ein, und als trotzdem Minister de Smet bei seiner Forderung beharrte, erwiderte ihm Sozialist Demblon, daß dieser neue Parteistreich nicht gelingen werde. „Im Juni haben Regierung

und Rechte gezittert. Sie werden abermals zittern. Sie Feiglinge!“ Der clericale Abgeordnete Hoyois wollte sprechen, aber die Linke schrie ihn nieder. Die Sitzung mußte auf eine Stunde vertagt werden.

Nach der Wiedereröffnung der Sitzung forderte Kammerpräsident Beernaert Ruhe, zumal da es sich um einen Einkensantrag handele. „Durchaus nicht,“ rief ihm der Sozialist Furnémont zu. „Es handelt sich um einen Antrag des Ministeriums. Fangen Sie doch nicht mit einer neuen Unwahrheit an.“ Nach neuen heftigen Reden war das Ende vom Liede — die Annahme des sozialistischen Antrages. Am Dienstag beginnt die Beratung des Gesetzes über den Arbeitskontrakt, und erst nach seiner Annahme die über das neue Wahlgesetz, dessen Beratung von der sozialistischen Linken durch alle möglichen Mittel vereitelt oder verschleppt werden wird. Und eine abgehaltene Volksversammlung beschloß, den Kampf aufzunehmen mit der Lösung: „Auflösung! Nieder mit der Regierung. Es lebe das allgemeine Stimmrecht!“ —

## Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Die Amtsentsetzung der Landräte, welche gegen den Kanal gestimmt haben, steht nach der Nationalzeitung unmittelbar bevor. Wie dem Blatt von „gewöhnlich wohl unterrichteter“ Seite mitgeteilt wird, sind die Verfügungen, wodurch die politischen Beamten, welche gegen die Kanalvorlage gestimmt haben, zur Disposition gestellt werden, bereits erfolgt. Vermutlich werde durch die unerwartete Verzögerung des Landtagschlusses die Bekanntmachung der Maßregel um einige Tage hinausgeschoben. Nach den Berliner neuesten Nachrichten ist die Zahl nicht so groß, wie verschiedentlich angenommen wird, sondern dürfte kaum 20 erreichen. Wie sich aus der Abstimmungsliste ergibt, beträgt die Zahl der Landräte, welche am 17. und 19. August in allen vier Abstimmungen zur Kanalvorlage gegen den Kanal gestimmt haben, 18. Dazu kommen zwei Regierungspräsidenten. Außerdem haben in allen vier Abstimmungen gegen den Kanal gestimmt neben dem bereits gemessigten Professor Irmer zwei Regierungsräte und ein Konstitualpräsident. Wie wir zu dieser Maßregelung stehen, haben wir schon oft ausgesprochen. Die Konfessionen werden dadurch am wenigsten mißbe gemacht. Die Junker sind durch die Maßregelung des einen Oberlehrer Irmer, von der wir Mitteilung gemacht haben, schon arg verchnupft. Die Kreuzzeitung z. B. schreibt: „Durch eine derartige Maßregel, welche die gesamte konservative Partei schwer kränken muß und auch von den übrigen Parteien des Abgeordnetenhauses gemißbilligt wird, werden die Aussichten auf einen günstigeren Ausgang einer etwaigen nochmaligen Beratung der Vorlage in der nächsten Tagung sicherlich nicht gebildet.“ Das ist unzweifelhaft richtig. Die Maßregelung der Landräte wird den verfahrenen Karren noch fester rennen. —

Ein auf dem Kontinent sich aufhaltender englischer Diplomat teilte mit, die Veröffentlichung der Verträge mit Portugal wegen dessen ostafrikanischen Besitzes stehe in den nächsten Tagen bevor. Der Norden des portugiesischen Ostafrika werde deutscher, die Delagoabai englischer Besitz, beides in Form einer 99jährigen Pachtung. Mozambique bleibe portugiesisch. Wenn die Nachricht sich bestätigt, würde Deutschland neue geldverschlingende Kolonien und England den Schlüssel zu Transvaal erhalten, dem dann das letzte Stündlein bald schlagen würde. —

## Der Katholikentag.

Am Sonntag haben in Meisse in Schlestien die Verhandlungen der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands begonnen. Daß die Katholikentage politische Versammlungen sind, weiß jedermann. Wenn zur Erreichung ihres Zweckes eine Unmenge katholischer Vereine in Meisse durch ihre Vertreter und Mitglieder mit einander in Verbindung treten, so darf die Frage berechtigt erscheinen, wie es sich dabei mit dem viel erörterten § 8 des preussischen Vereinsgesetzes verhält. Der Katholikentag wird von dem darin enthaltenen Verbot nicht berührt. So ist es jetzt und auch in früheren Jahren gehalten worden. Genau so wurde den Bänder-Versammlungen im Circus Busch gegenüber verfahren. Welche Bedeutung heute § 8 des Vereinsgesetzes hat, das könnte also eine hübsche Preisfrage für haarspaltende Juristen werden. Freilich, wenn die Sozialdemokratie verfahren wollte, bei ihren Versammlungen des § 8 zu gedenken, würde sie unlieblich an seine Fortdauer erinnert werden.

Der Katholikentag in Meisse wird also von der Polizei nicht gestört werden. Dazu ist auch die Macht des Centrums zu groß, sein Einfluß auf die Regierung zu bedeutend und













Ausgabe des Geldes. In welchem der Zahlmeister immer noch auf die Herausgabe des übrigen Geldes wartete...

Die klassischen Zeugen. Ueber die „Belastungszeugen“, die die Prozeßverhandlungen in Rennes mit ihrem leeren Geschwätz füllen...

Präsident (zu dem 175 Zeugen, der die Schuld Dreyfus' versichert): Bitte, sagen Sie uns die Gründe, die Sie an die Schuld des Angeklagten glauben lassen?

Zeuge: Die Gründe? Gewiß, Herr Oberst, ich will Sie darüber aufklären.

Präsident: Ich bin ganz Ohr. Zeuge: Ich will sie Ihnen sämtlich auseinandersetzen.

Präsident: Also bitte! Zeuge: Alle ohne Ausnahme. Ich habe Hunderte zu meiner Verfügung.

Präsident: Beginnen Sie, bitte, mit dem ersten! Zeuge: Ja, Herr Oberst, Sie haben Recht, ich will mit dem ersten beginnen...

Präsident: Darüber wird sich das Kriegsgericht schon klar werden. Zeuge: Im Jahre 1895, im Monat... na, der Monat thut ja nichts zur Sache...

Präsident: Bitte zu präzisieren. Zeuge: Ich würde Wochen brauchen, um nur alle Beweise aufzuzählen...

Präsident: Wollen Sie von Lebrun-Renaud sprechen? Zeuge: Ja, die Schändnisse Lebrun-Renaud vor Dreyfus...

Präsident: Sie meinen wohl das Bordereau! Zeuge: Ja das Bordereau! Wo habe ich denn meinen Kopf?

Präsident: Sie können gehen! Falsch ist es und es ist falsch. Zerknirschend wie immer...

Der Zeuge: Hier ist zur Erhärtung meiner Aussage ein Dupont gezeichnetes Schriftstück. Dieses läßt keinen Zweifel zu.

Herr Dupont (hinzutretend): Pardon, kann ich das Schriftstück sehen? Zeuge: Gewiß!

Dupont (lesen die Schrift): Das ist ein Schriftstück das keinen Zweifel zuläßt.

Dupont: Es ist aber falsch. Zeuge: Da Sie sagen, es sei falsch, so ist es echt.

Dupont: Aber ich kenne doch meine Schrift! Zeuge: Und ich sie noch besser als Sie, und ich versichere Ihnen, daß das Ihre Schrift ist.

Dupont: Sie brauchen ja nur zu vergleichen. Zeuge: Ich vergleiche überhaupt nichts.

Dupont: Hier ist meine wahre Schrift! Zeuge: Was beweist mir, daß sie die wahre ist? Dupont: Hier sind noch Briefe, die ich an Freunde richtete.

Zeuge: Ach was! Dupont: An Lieferanten... Zeuge: Leeres Gerede!

Dupont: Hier sind Briefe mit meiner Unterschrift. Zeuge: Davon weiß ich nichts. Dupont: Ich habe nie eine andere Schrift gehabt, als die da.

Zeuge: Das ist mir gleichgültig; ich bin der Echtheit meines Schriftstücks sicher, die mir von einer ehrenwerten Person verbürgt wurde.

Dupont: Also alle Briefe, die ich bisher geschrieben, alle meine Zinsquittungen, alle meine Wechsel? Zeuge: Das sind Fälschungen. Sie haben nie etwas anderes gemacht, als Fälschungen und haben in Ihrem Leben nur ein einziges authentisches Schriftstück geschrieben, dasjenige, das sich in meinem Besitze befindet!

Weiteres.

Der Dreyfus-Prozeß zeitigt grausame Scherze. Kürzlich wurde der folgende erzählt: Ein Gast betritt ein Restaurant und wendet sich an den Kellner: „Ich bitte um eine Flasche Bordereau.“ — Kellner: „Bordereau? Sie meinen wohl Bordeaux?“ — Gast: „Ach, das ist ganz egal. Gefällt mir ja beide.“

Aus der höheren Töchterchule. Lehrerin: „Kannst Du mir sagen, Luise, in welcher Schlacht Nelson fiel?“ — Schülerin (nach einigen Minuten tiefen Nachdenkens): „Ich glaube — in der letzten.“

Schlimme Verwünschung. Beigeles (zum Konkurrenten): „Minister in Oesterreich sollte werden.“

Zurechtweisung. Herr (im Konzert zu zwei schweigenden Damen). „Entschuldigen Sie, meine Damen, im Programm steht „Lieber ohne Worte!“

Bücherchau.

Der „Dreyfus-Prozeß“ hält noch wie alle Welt in Atem. Die jenseitigen Zwischfälle der letzten Tage steigern das Interesse an den Kerner Verhandlungen von Tag zu Tag...

schön ausgestattete Nummer ist hauptsächlich diesem Gegenstände gewidmet. Der beste Beitrag aber ist wohl Thöns meisterhaftes Bild auf der fünften Seite, das unter dem Porträt des großen Dichters...

Vereine, Versammlungen, Vergnügen

Mittwoch, 30. August: N. Neustädter Arbeiter-Gesangverein. Heute abend 8 1/2 Uhr Uebungsstunde im „Weißen Hirsch“.

Wasserstände.

Table with columns for location (e.g., Straußfurt, Eger, Moldau), date, and water level. Includes sub-sections for 'Unstrut und Saale', 'Elbe', and 'Havel'.

Standesamt.

Magdeburg, 28. August. Aufgebote: Selbige als Wittwe...

Zudenburg, 28. August. Aufgebote: Arbeiter Franz Friedrich...

Wulfen, 28. August. Geburten: Ernst, S. des Oetters...

Neustadt, 26. August. Aufgebote: Kgl. Schugmann Hermann...

Sehenswürdigkeiten. Der Dom unentgeltlich geöffnet von 9 bis 10 Uhr...